

Niederschrift

| Gremium | Sitzung - K/0009(IV)/04 | | | |
|-----------------|-----------------------------|--------------------------|----------|----------|
| | Wochentag, Datum | Ort | Beginn | Ende |
| Kulturausschuss | Mittwoch, 01.12.2004 | BG IV, Am Krökentor 1 | 17:00Uhr | 19:00Uhr |

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift v. 03.11.04
- 4 Regulierung des strukturellen Defizites des Theaters Magdeburg in
den Haushaltsjahren 2005 ff
Vorlage: DS0831/04
- 5 Verschiedenes

Anwesend:

Vorsitzende/r

Stadtrat Michael Heendorf

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Martin Hoffmann

Stadtrat Rainer Löhr

Stadträtin Karin Meinecke

Stadtrat Eberhard Seifert

Stadtrat Thomas Veil

Stadtrat Alfred Westphal

Beratende Mitglieder

Stadtrat Dr. Klaus Kutschmann

Stadtrat Dr. Kurt Schmidt

Stadtrat Michael Stage

Sachkundige Einwohner/innen

Sachkundige Einwohnerin Dagmar Drescher

Sachkundiger Einwohner Andreas Schumann

Sachkundiger Einwohner Gerhard Unger

Geschäftsführung

Frau Silvia Hertel

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Kulturausschussvorsitzende, Herr Heendorf eröffnete die Beratung, begrüßte die Mitglieder des Kulturausschusses und Gäste.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Herr Heendorf gab die Tagesordnung bekannt. Der Tagesordnung wurde zugestimmt.

Abstimmung:

| Ja | Nein | Enthaltung |
|----|------|------------|
| 7 | 0 | 0 |

3. Genehmigung der Niederschrift v. 03.11.04

Abstimmung:

| Ja | Nein | Enthaltung |
|----|------|------------|
| 7 | 0 | 0 |

4. Regulierung des strukturellen Defizites des Theaters Magdeburg in den Haushaltsjahren 2005 ff Vorlage: DS0831/04

Herr Löhr erklärte sein Mitwirkungsverbot.

Herr Heendorf erläuterte, dass die vorliegende Drucksache erforderlich wurde, weil die Landesregierung ihre Theaterförderung abgesenkt hat. Aus der Drucksache geht hervor, dass es sich nicht nur um die Kürzung der Förderung der Landesregierung handelt, sondern (wie unter Punkt 1 dargelegt) weitere Probleme bestehen, welche die Verwaltung veranlasst haben, diese Maßnahmen zur Regulierung des strukturellen

Defizits zu ergreifen. Das strukturelle Defizit hat sich nach der Fusion der Theater in Magdeburg ergeben. Durch die Fusion sollten ursprünglich Mittel eingespart werden. In einem (vom Stadtrat bestätigten) 4-Stufen-Plan waren Einsparungen festgelegt worden, um letztendlich eine bessere Effizienz zu erreichen. Aus der vorliegenden Drucksache ist nicht ersichtlich, welche Ergebnisse hierbei erzielt werden konnten. Herr Heendorf hat daher Vorbehalte, der Drucksache in der vorliegenden Form zuzustimmen. Die PDS-Fraktion hat sich auf der letzten Sitzung über die Problematik verständigt und einen Beschluss gefasst. Dem Stadtrat wird ein Antrag zu gehen, dass die Drucksache, so wie sie jetzt vorliegt, nicht behandelt werden kann.

Herr Dr. Koch erläuterte den Inhalt und den Hintergrund der Drucksache. Er dankte den Stadträten, dass sie sich für das Theater Magdeburg eingesetzt haben und wies darauf hin, dass in der Phase der Zusammenlegung von der Theaterleitung viel geleistet wurde. Gegenüber den Ist-Zahlen 2003 konnte eine Reduzierung der finanziellen Theaterausstattung in Höhe von 500.000 € in 2004 erreicht werden. Er erinnerte weiterhin daran, dass beim Kabarett eine Haushaltskonsolidierungsmaßnahme erfolgte und die volle Summe eingespart werden konnte. Die neue Theaterleitung hat zunächst kommissarisch den Spielplan 2003/04 umsetzen müssen. Hierbei wurde versucht, Sachkosten und auch Personalkosten zu reduzieren. Dem waren jedoch Grenzen gesetzt, denn die Verträge waren abgeschlossen und rechtskräftig. Gleichzeitig musste der neue Spielplan 2004 aufgestellt werden. Die Fusion der Häuser wurde vollzogen und die Gespräche mit dem Land mussten vorbereitet werden. Da die Fusion ohne Kosten für externe Berater vollzogen wurde, ist eine weitere fiktive Einsparung zu berücksichtigen.

Das strukturelle Defizit wurde erst unmittelbar vor der Spielzeitpause im Zusammenhang mit neuer Vertragsverhandlung erkennbar. Der OB sowie die politischen Gremien sind hierüber informiert wurden. Dass das strukturelle Defizit in einer höheren Größenordnung schon vorher bestand, wurde nicht so deutlich benannt. Die Regulierung des strukturellen Defizits läuft zusammen mit den rückläufigen Zuschüssen des Landes. Vor dem Hintergrund von Einsparungen des Landeshaushaltes kann das Kultusministerium die Theaterfinanzierung in der bisherigen Höhe nicht aufrechterhalten. Seitens des Ministeriums wurde deutlich gemacht, dass strukturelle Entscheidungen, die getroffen worden sind, Anerkennung finden. Die Landesförderung ist daran gebunden, dass der Theaterbetrieb effizient gestaltet und auch qualitativ gerechtfertigt ist. Das TdL geht davon aus, dass Haustarife mittelfristig nicht zu den erforderlichen Einsparungssummen führen. Daher kommt man um strukturelle Entscheidungen nicht um hin. Diesen Sachverhalt macht die Drucksache in den Kernpunkten deutlich.

Herr Dr. Kutschmann kann den Darlegungen zustimmen. Mit großer Betroffenheit müsse er immer wieder lesen, dass es eine Kulturhauptstadt in Sachsen-Anhalt gibt. Bemerkenswert sind die Vergleiche hinsichtlich der Orchesterstärke von Halle zu Magdeburg. Es stellt sich nach den Ausführungen von Herrn Dr. Koch die Frage nach den Schlussfolgerungen. Die Differenzen sind unangemessen groß. Magdeburg wird provinziell, wenn sich nichts ändert.

Herr Westphal erinnerte daran, dass nicht zum erstem Mal über die Situation diskutiert wird. Die aktuelle Situation ist inzwischen allen seit 8 Wochen (und länger) bekannt. Keine Fraktion kann sagen, dass nur 8 Tage Zeit waren. Er erinnerte an die 5 Ansätze, die er erarbeitet hat, welche zur Seite gelegt worden sind und forderte dazu auf, auf dieser Basis eine Drucksache zu erarbeiten, welche der Stadtrat beschließen kann. Es

sollte hierzu vielleicht auch ein Gremium einberufen werden. Es muss über die Prioritäten entschieden werden.

Eine Möglichkeit bestünde darin, auf einige Veröffentlichungen von Herrn Dr. Peters, für die über 750.000 € im Haushalt eingestellt sind, (vorerst) zu verzichten. Auf diese Weise könnten 120.000 € eingespart werden. Mit diesen Mitteln könnte dann zu mindestens die Qualität des Orchesters gesichert werden.

Herr Westphal stellte den Antrag zum Erhalt des Jugendtheaters am Jerichower Platz mindestens noch für ein weiteres Jahr, bis für den Ort ein Ersatz gefunden worden ist.

Herr Heendorf ging auf den Artikel der Volksstimme ein, indem die Gehälter benannt worden sind und äußerte Bedenken hinsichtlich der Verfahrensweise.

Weiterhin ist es für ihn nicht nachvollziehbar, dass per 30.09. auf Anfrage der Kämmerei von einer Budgetüberziehung noch keine Rede war und erst als der Mittelabfluss per 31.10. vertagt, wurde sichtbar, dass überzogen wird.

Er verwies darauf, dass erst seit 9 Tagen eine Drucksache auf dem Tisch liegt, in der erstmalig auch Zahlen genannt werden, die vorher nicht bekannt waren. Was in der Drucksache unbedingt fehlt, ist eine Alternative. Es müssen auch alternative Wege zur Einsparung aufgezeigt werden. Er warf die Frage auf, welche Auswirkungen die Stellenstreichungen auf das Theaterprogramm haben werden.

Herr Wellemeyer betonte den Ernst der Lage. Er geht davon aus, dass ab 2005 ein Defizit in Höhe von 900.000 € besteht. Damit ist das Theater in dramatischer Weise dauerhaft unterfinanziert. Angesichts dieser akuten Probleme sind Entscheidungen erforderlich. Es darf keine Zeit verschwendet werden.

Er möchte nochmals klarstellen, dass eine umgehende, sofortige Personalkostenreduzierung nicht möglich ist. Das Defizit kann nicht sofort aufgefangen werden, denn auch der Stellenabbau würde zunächst Geld kosten. Auch dieses Problem wurde seit langer Zeit deutlich beschrieben. Mit allen Mitteln wurde versucht, die städtischen Sparvorgaben ohne Qualitätseinbußen zu erfüllen. Mit der Fusion sind die Möglichkeit geschaffen, Entscheidungen zu zentralisieren. Auch eine Zusammenlegung bringt kein schnelles Geld. Darauf ist von Anfang an deutlich hingewiesen worden. Die jetzt erforderlichen Stellenstreichungen werden leider negative Folgen für die künstlerische Ausstrahlung und für die Spielplandisposition haben.

Folgende Optionen sind in der Drucksache aufgeführt:

1. Schließung des Jerichower Platzes als Spielortes des Theaters für Junge Zuschauer
2. Orchesterverkleinerung mit ganz klaren Klangeinbußen (vor allen in den großen symphonischen Situationen) und ein Renommee-Verlust für das Theater der Landeshauptstadt.
3. Stellenabbau im nichtkünstlerischen Bereich mit verschiedenen Folgeerscheinungen im alltäglichen Spielplanbetrieb.

Die Kollegen im Theaterbereich erwarten, dass sich der Stadtrat hierzu deutlich mit positionieren muss. Herr Wellemeyer forderte die Stadträte dringend auf, das Problem nicht zu verdrängen bzw. zu vertagen. Wenn der Stadtrat die zu erwartenden Folgen ausschließen möchte, dann muss er für das bestehende Personalkostenproblem eine finanzielle Deckung finden.

Herr Wellemeyer hat sich in Köln mit dem Deutschen Bühnenverein zur Drucksache beraten. Der Direktor des Bühnenvereins wird das Theater fachlich und juristisch begleiten. Die zu erbringende Summe ist durch einen Einkommensverzicht nicht zu erwirtschaften. Er glaubt auch kaum, dass eine erforderliche Anzahl von Kollegen dauerhaft zu einem Einkommensverzicht bereit sein würde. Protagonisten, die ein herausragendes Qualitätsniveau aufweisen, werden ein Engagement für das in

Magdeburg gezahlte Geld ablehnen. Das Theaterangebot wird sich dann in Richtung Provinz bewegen.

Herr Veil stimmte den Ausführungen von Herrn Wellemeier zu. Die Problematik ist seit langem bekannt. Er sprach sich dafür aus, gegenüber dem Land immer alles einzufordern, was einzufordern ist. Aber man kann davon ausgehen, dass sobald keine Resultate erzielt werden können. Trotzdem sollte man es versuchen.

Letztendlich muss sich auch die Stadt positionieren, da es ein Stadttheater ist. Mit dem Geld, das diesem Theater zur Verfügung steht, lässt sich das Theaterprogramm in der Art und Weise, wie es für zwingend richtig gehalten wird, nicht weiter führen. Es ist eine strukturelle Unterfinanzierung bzw. eine dauerhafte und nachhaltige Unterfinanzierung erkennbar. Herr Veil erläuterte den Unterschied von zwei Personal-Gruppen. Einmal gibt es die Agierenden und andererseits die Dienenden. Zu den Agierenden gehören die Schauspieler, Musiker und Tänzer. Zu den Dienenden gehören die Verwaltung, Technik und Beleuchtung u.a. Er geht davon aus, dass bei denen, die im künstlerischen agieren, keine Abstriche gemacht werden dürfen. Es kommt für ihn nicht in Frage, das Orchester zu verkleinern oder abzubauen. Das gleiche gilt für das Ballett. Die einzige Möglichkeit besteht darin, dass im dienenden Bereich noch Einsparungen erfolgen können. Aber wenn diese Kürzungen dazu führen, dass es einen Einbruch an Qualität gibt, dann darf auch hier kein Personalabbau mehr zugelassen werden. Über Haustarife sollte geredet werden. Ein Einkommensverzicht ist zwar interessant, es muss sich aber immer die Frage gestellt werden, welche qualitativen Auswirkungen damit eventuell verbunden sind. Es sollte so schnell wie möglich eine Entscheidung herbeigeführt werden.

In bezug auf das Jugendtheater besteht für ihn die Frage, ob es an einem gesonderten Standort angesiedelt sein muss. Es wäre zu klären, ob es der Standort Jerichower Platz sein muss, oder ob man nicht auch in den etablierten Standorten Jugendtheater machen kann. Da gibt es sicherlich Lösungsmöglichkeiten.

Herr Veil betonte nochmals, dass der künstlerische Bereich nicht verändert werden darf. Er warf die Frage auf, wie die Orchester in anderen Vergleichsstädten wie z.B. Kiel, Mainz, Wiesbaden usw. finanziert und ausgestattet sind.

Herr Stage sprach sich dafür aus, dass qualitative Einbußen unbedingt gemieden werden sollten. Er ging auf die entsprechenden Zahlen ein, welche für die Öffentlichkeit sicherlich unbekannt sind und plädierte dafür, dass öffentlich damit umgegangen werden sollte.

Herr Dr. Koch legte dar, dass davon ausgegangen werden muss, dass im Jahr 2005 die Fördersumme vom Land nicht mehr zur Verfügung steht. Das bedeutet ein Minus von 513.000 €. Das ist die Vorgabe für den Generalintendanten. Wenn es nicht zu einer Status-Weiterförderung in der bisherigen Größenordnung kommt, sieht sich die Landeshauptstadt nicht in der Lage, das Defizit zu kompensieren.

Frau Meinecke stellte die Frage nach den Fremddienstleistungen. Es geht um Personal und Vergütung nicht abhängig Beschäftigter. Hier ist die Frage, ob eventuell zu Gunsten der Musikerstellen vielleicht Einsparungen möglich sind.

Weitere Fragen lauten: Wenn das Orchester auf 78 verkleinert wird, wie es im Beschlussvorschlag steht, würde das den Verlust der Einstufung B+ bedeuten und sind damit gleichzeitig dann Einkommensverluste vorprogrammiert?

Was passiert, wenn diese Drucksache abgelehnt wird?

Herr Seifert stellte die Frage nach den Haustarifverträgen und erkundigte sich zu Einzelheiten des Theatervertrages.

Herr Ruppert betonte, dass die Drucksache nicht abgelehnt werden darf. Seitens des Theaters wurde aus fachlicher Sicht nach monatelangen Diskussionen ein Lösungsvorschlag aufgezeigt.

Herr Ruppert ging auf den Antrag der PDS-Fraktion ein, das Rechnungsprüfungsamt mit der Angelegenheit zu befassen. Es ist für ihn nicht nachvollziehbar, dass das Rechnungsprüfungsamt Einsparungsmöglichkeiten aufzeigen soll. Alle Maßnahmen wurden doch in der Drucksache aufgeschrieben.

Herr Schmidt vertrat die Auffassung, dass man sich als Landeshauptstadt stark machen muss. In der Theaterförderung des Landes gibt es sonst keine Gleichbehandlung mehr.

Herr Veil stellte den Antrag, dass

1. Die Vorlage, wie sie von der Verwaltung eingebracht wurde, wird abgelehnt.
2. Den dienenden Teil des Personals kritisch dahingehend zu überprüfen, ob noch Einsparpotentiale vorhanden sind.
3. Beim künstlerischen Personal darf kein Abstrich gemacht werden.
4. Es soll eine Arbeitsgruppe gebildet werden, die so schnell wie möglich alternative Vorschläge zur Einsparung erarbeitet. Diese AG muss ein Lösungsmodell erarbeiten, das im Kulturausschuss diskutiert wird und dem Stadtrat zur Beschlusslage vorgelegt wird. Die Entscheidungen sollten noch in diesem Jahr vollzogen werden.

Dieser AG sollten angehören:

- Theater
- Finanzbereich der Stadt
- Kulturdezernent
- Vors. des Finanzausschusses
- Vors. des Kulturausschusses
- CDU, SPD, Grüne, FDP, PDS

Abstimmung: 2-0-4

Herr Westphal verwies darauf, dass das Rechnungsprüfungsamt (RPA) nie ein zukünftiges Rechnungsjahr prüft, sondern nur abgeschlossene Mittelverwendungen. Da das HH-Jahr noch nicht abgeschlossen ist, würde das RPA nicht 2004 prüfen, sondern wenn dann 2003. Er hält es in der aktuellen Situation für völlig unangemessen, dieses Verfahren einzuleiten.

Herr Westphal stellte folgenden Antrag:

1. Alles was aus den Personalmaßnahmen resultiert (Kosten, Abfindungen u.a.) kann nicht aus dem Budget des Theaters gezahlt werden. Das Theater hat nicht verursacht, dass die Leute entlassen werden müssen, sondern die Ursache liegt im Haushalt der Stadt insgesamt und beim Land.
2. Das Jugendtheater wird belassen. 100.000 € müssen aus dem Jugendamt aus dem Ansatz für Jugendförderung herausgenommen werden. (Hierfür sind 6 oder 7 Millionen Euro im Haushalt eingeplant. Es wäre gerechtfertigt, hiervon 100.000 € abzugeben, damit die Jugendarbeit des Theaters erhalten bleibt.
3. Es müssen ganz konkrete Stellen benannt werden, die abgebaut werden sollen.

Abstimmung 6-0-0

Herr Hoffmann verwies darauf, dass dieses Problem zusammen mit dem Haushalt behandelt werden muss. Er kann den Antrag von Herrn Westphal zustimmen. Er ging im

Weiteren auf die Ungleichbehandlung der beiden „großen Städte“ ein und erklärte, dass durch die Landesregierung die Kultur in Magdeburg bewusst geschädigt wird.

Herr Unger machte darauf aufmerksam, dass keiner sagen kann, er habe nicht gewusst, was auf ihn zukommt. Es wurde spätestens beim Generalintendantenwechsel klar gemacht, dass Einsparungen erforderlich sind. Herr Wellemeier hat es bereits mehrfach beschrieben und verdeutlicht. Wir haben uns nicht zuletzt von den vorherigen Generalintendanten deshalb getrennt, weil es Haushaltsüberziehungen gab. Leider wurden die Vorschläge von Herrn Westphal zu einem früheren Zeitpunkt nicht konsequent aufgegriffen.

Herr Heendorf zog das Resümee, dass die Debatte die Brisanz der Theaterproblematik aufgezeigt hat. Er bedankte sich bei Herrn Wellemeier und Herrn Ruppert, die mit zur Aufklärung beigetragen haben. Es gab Fragen, die sich aus der Drucksache heraus bisher nicht erschlossen haben. Abschließend wird über die Drucksache mit den Änderungen abgestimmt.

Abstimmung:

| Ja | Nein | Enthaltung |
|----|------|------------|
| 4 | 1 | 1 |

Herr Heendorf bedankte sich bei den Stadträten und Gästen und beendete die Beratung.

5. Verschiedenes

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Michael Heendorf
Vorsitzende/r

Silvia Hertel
Schriftführer/in

